



# FragDenStaat.de

Jahresbericht



## Inhalt

2018.....	4
Stimmen zur Informationsfreiheit und FragDenStaat .....	5
Gesetzeslage in Bund und Ländern .....	6
Das Jahr 2018 in Anfragen.....	8
2018 in Zahlen .....	11
Ausblick 2019 .....	15
Partner.....	16
Impressum.....	16

## 2018.



**Arne Semsrott,**  
*Projektleiter*  
*FragDenStaat*

FragDenStaat ist Infrastruktur für die Demokratie. Sieben Jahre nach Gründung des Projekts nimmt die Informationsfreiheit einen immer größeren Stellenwert in gesellschaftlichen Diskussionen ein.

Journalist\*innen, zivilgesellschaftliche Organisationen und Bürger\*innen aller Couleur entdecken die Möglichkeiten, die das Informationsfreiheitsgesetz für ihre Arbeit und ihr alltägliches Leben bereithält.

Wir unterstützen sie dabei - stärker dennje. Mit neuen Entwicklungen an unserer Plattform, Extra-Funktionen für Journalist\*innen, strategischen Klagen, Kampagnen und finanzieller Unterstützung.

Angesichts der gesellschaftlichen Herausforderungen brauchen wir das auch: Trotz allseitiger Transparenz-Bekundungen ist nämlich auch die deutsche Politik und Verwaltung weit davon entfernt, transparent und partizipativ zu arbeiten. Mit Ihnen gemeinsam wollen wir das ändern. Stärken Sie FragDenStaat den Rücken - mit Ihrer Spende oder Fördermitgliedschaft!

---

Mit besten Grüßen

---

Arne Semsrott

---

## Stimmen zu FragDenStaat



**Peter Schaar**, *Vorsitzender Europäische Akademie für Informationsfreiheit und Datenschutz, Bundesbeauftragter für den Datenschutz und die Informationsfreiheit a.D.*

„Wem beim Thema Internet nur technokratische oder wirtschaftliche Aspekte einfallen, der hat nichts vom demokratischen Potential verstanden, das vielen neuen Technologien innewohnt. Eine lebendige und demokratische Informationsgesellschaft lebt vom aktiven Engagement der Bürgerinnen und Bürger. Projekte wie FragDenStaat leisten dazu einen wichtigen Beitrag.“

**Günter Bartsch**, *Geschäftsführer netzwerk recherche*

„In Behörden und Ministerien prägt das „Amtsgeheimnis“ oft nach wie vor die Kultur der Verwaltung und die Denkweise der Mitarbeiter. Journalisten durchbrechen diese Mauern des Schweigens. Sie berufen sich auf Auskunftsansprüche – und müssen diese regelmäßig auch vor Gericht durchsetzen. Ohne das Informationsfreiheitsrecht wäre das in vielen Fällen nicht möglich. FragDenStaat erleichtert den Zugang für Nichtjuristen - und macht damit die Informationsfreiheit sichtbar und greifbar.“



**Helen Darbshire**, *Executive Director Access Info Europe*

“Civic tech request platforms such as the excellent FragDenStaat have three important benefits. First, they lower the psychological barrier to exercising the right to information by making it easy to ask. Second, they gather data on the nature of responses and denials, rendering transparency levels of government compliance with the right. Third, they put information that has been released within reach of all of society.”



**Hans-Martin Tillack**, *investigativer Journalist beim Stern*

„Die Forderung nach Informationsfreiheit, nach dem Zugang zu internen Unterlagen von Behörden - das gilt manchen Beamten und Politikern immer noch als Majestätsbeleidigung. Je mehr Menschen dieses Recht dennoch in Anspruch nehmen, je selbstverständlicher Informationsfreiheit wird, desto mehr werden diejenigen in den Ministerien und Ämtern umlernen müssen, die weiterhin glauben, Behördenakten seien so etwas wie ihr Privatbesitz. Denn sie sind es nicht. Die Verwaltung arbeitet für die Bürger. Deshalb brauchen die Bürger Kontrollrechte. Und darum ist ein Projekt wie FragDenStaat so wichtig.“



**Prof. Edda Müller**, *Vorsitzende von Transparency International Deutschland*

„Transparency Deutschland unterstützt FragDenStaat, weil Informationsfreiheit eines der mächtigsten Werkzeuge gegen intransparente Entscheidungen von Regierungen und Verwaltungen sowie Korruptionsgefahren ist. Durch FragDenStaat wird dieses Instrument für viele Bürger handhabbar und nutzbar – daher ist das Portal für die Korruptionsbekämpfung in Deutschland so hilfreich.“



## Gesetzeslage in Bund und Ländern

Die Gesetzeslage der Informationsfreiheit hat sich 2018 teilweise geändert.

In **Baden-Württemberg** wird im zweiten Jahr nach Einführung des Landesinformationsfreiheitsgesetzes (LIFG) deutlich, dass die schwachen Regelungen den Informationszugang von Bürgerinnen stark begrenzen. Insbesondere die hohen Gebühren schrecken ab. Eine LIFG-Reform ist derzeit aber nicht angedacht.

Die Landtagswahlen in **Bayern** hätten die Möglichkeit geboten, dass es bald tatsächlich auch im Süden Informationsfreiheit gibt. Obwohl die Freien Wähler ein solches Gesetz im Wahlprogramm versprochen hatten, setzten sie das Vorhaben nicht um. Die CSU-FW-Koalition wird kein IFG einführen, Bayern bleibt intransparent.

Trotz Ankündigung hat die rot-rot-grüne Koalition in **Berlin** noch immer keinen Fahrplan für die Umsetzung eines Transparenzgesetzes angekündigt. Es ist daher wahrscheinlicher, dass der Volksentscheid Transparenz dafür sorgen wird.

In **Brandenburg** konnten 2017 keine Initiativen zur Informationsfreiheit erkannt werden.

**Bremen** hat weiterhin Probleme, die Vorgaben seines Informationsfreiheitsgesetzes umzusetzen. Es sieht vor, dass u.a. Verträge aktiv von der Verwaltung veröffentlicht werden müssen. Das passiert aber kaum. Die Bestimmungen gehen damit häufig ins Leere.

Der Stadtstaat **Hamburg** hat 2018 an einer Novelle seines Transparenzgesetzes gearbeitet, die auf die Evaluation der bisherigen Erfahrungen basieren soll. Einen Entwurf gibt es allerdings noch nicht - und Details hält der Senat geheim.

In **Hessen** hat Schwarz-Grün im Mai ein Informationsfreiheitsgesetz vorgelegt, das seinen Namen kaum verdient. Es enthält zahlreiche Ausnahmen - zum Beispiel der Kommunen und der Polizei - und wird kaum ernsthafte Verbesserungen bringen. Bis Ende des Jahres zeigte sich, dass es dementsprechend selten genutzt wird und Behörden Gebühren zur Abschreckung von interessierten Bürger\*innen einsetzen.

**Mecklenburg-Vorpommern** bleibt weiterhin das einzige Bundesland, das IFG-Anfragen regelmäßig nur per Post, nicht jedoch per E-Mail zulässt. Dafür hat FragenDenStaat jetzt eine eingebaute Fax-Funktion, sodass auch über die Plattform Anfragen an Behörden im hohen Nordosten geschickt werden können.

In **Niedersachsen** gibt es keine Planungen für ein Informationsfreiheitsgesetz. Der Flächenstaat bleibt Schlusslicht der Transparenz in Deutschland.

In **Nordrhein-Westfalen** war 2017 das Transparenzgesetz der rot-grünen Regierung trotz Vereinbarung im Koalitionsvertrag am Widerstand der SPD gescheitert.. Die neue schwarz-gelbe Koalition plant keine Verbesserungen für Transparenz.

In **Rheinland-Pfalz** greift ab 2018 die Veröffentlichungspflicht für zentrale Daten der Verwaltung. Eine Bewertung der veröffentlichten Daten steht noch aus.

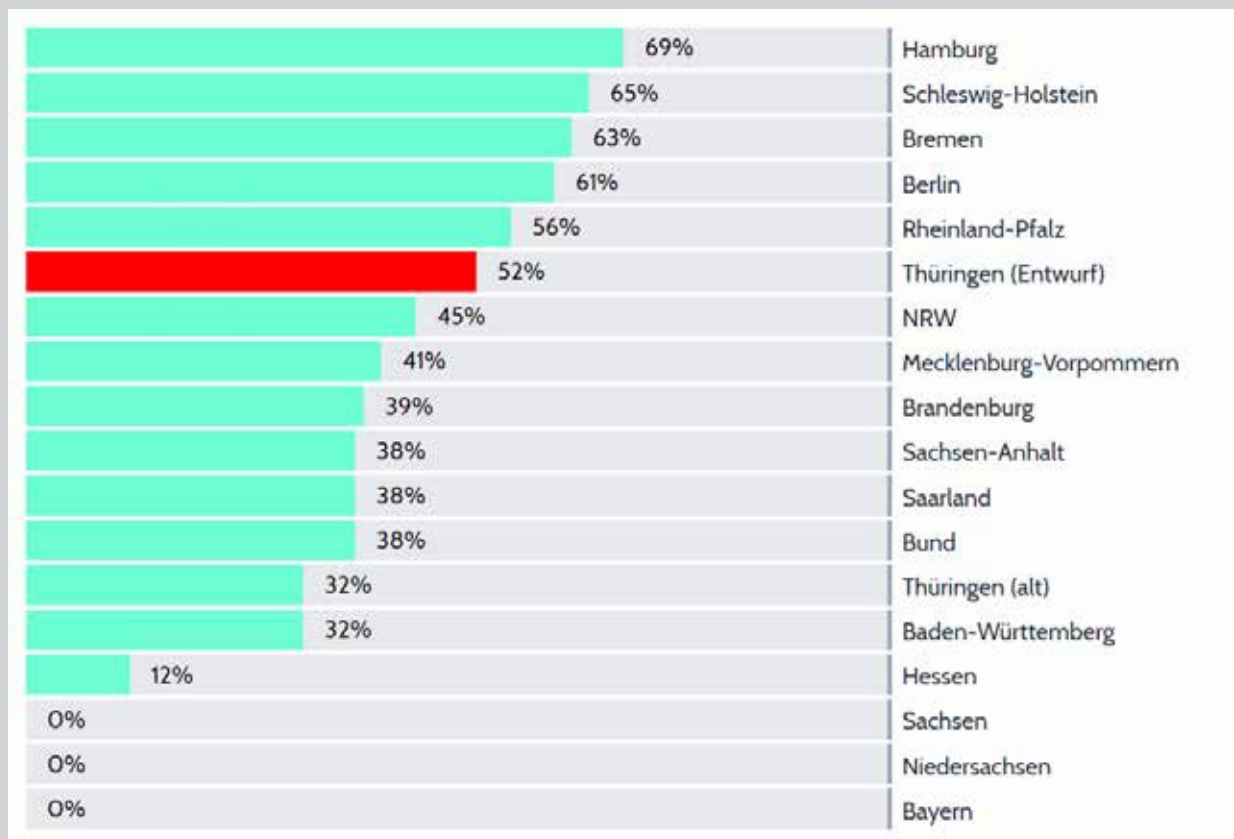
Aus dem **Saarland** sind keine Entwicklungen im Bereich der Informationsfreiheit bekannt.

Die schwarz-rote Koalition in **Sachsen** hat 2015 die Schaffung eines Informationsfreiheitsgesetzes im Koalitionsvertrag vereinbart. Weitere Entwicklungen sind nicht bekannt. Auf Initiative der grünen Opposition wurde im Landtag ein IFG diskutiert - trotzdem gab es keine Regierungsinitiative.

In **Sachsen-Anhalt** wurden die horrenden Gebührentatbestände etwas abgemildert. Tiefgehende Besserungen gab es jedoch nicht.

In Schleswig-Holstein gab es 2018 keine Veränderungen.

Das Innenministerium in **Thüringen** legte 2018 den Entwurf eines Transparenzgesetzes vor. Sollte es in dieser Form von der Koalition umgesetzt werden, wäre es das schlechteste Transparenzgesetz in Deutschland. Vor allem die fehlende Gebührenbegrenzung sowie ein sehr kurzer Veröffentlichungskatalog gehören zu den Schwachstellen des Vorhabens.



Auf [transparenzranking.de](http://transparenzranking.de) vergleichen wir alle Informationsfreiheitsgesetze Deutschlands anhand von 40 Indikatoren

## Das Jahr 2018 in Anfragen

### #GläserneGesetze

Ob Vorratsdatenspeicherung, BND-Reform oder Staatstrojaner: Bundesministerien bereiten neue Gesetze meist unter Ausschluss der breiten Öffentlichkeit vor.

Für mehr als 600 Gesetze haben die Bundesministerien in der letzten Legislaturperiode sogenannte Referentenentwürfe erarbeitet. Sie werden in der Regel im Rahmen einer Verbändebeteiligung ausgewählten Interessenvertretern mit der Bitte um Stellungnahme zugesendet.

Wer daran beteiligt ist und welche Inhalte aus diesen Stellungnahmen letztlich den Weg in den späteren Gesetzentwurf der Bundesregierung finden, ist bisher nicht nachvollziehbar.

Die Kampagne #GläserneGesetze griff 2017 die Forderung nach einem „legislativen Fußabdruck“ für Gesetze sowie nach einem Lobbyregister auf.

Nachdem sie innerhalb von einer Woche über 1.600 IFG-Anfragen nach Gesetzentwürfen und Lobby-Stellungnahmen erhielten, entschieden die Bundesministerien, Referentenentwürfe der Verwaltung und Stellungnahmen von Verbänden zu über 600 Gesetzen aus den vergangenen vier Jahren online bereitgestellt werden.

Nach weiterem Druck von uns entschied das Bundeskabinett im November 2018 schließlich, dass auch künftig sämtliche Gesetzentwürfe und Stellungnahmen dazu veröffentlicht werden.

**Anfragen hat** in teilgeschwörter Fassung: **Diplomatische Korrespondenz**  
nicht als VS eingestuft

**VS-NUMMER DEM BEREITGEBER:** [REDACTED]

Von: [REDACTED]  
An: [REDACTED]  
Cc: [REDACTED]  
Betreff: **NDR - Migrationskontext Agadez - Rückkehr von der Höhe**  
Nicht: **Besuch im IOM-Aufnahmезentrum**  
Zweck: **Zur Unterrichtung**  
Verfasser: [REDACTED]  
Geschäftsbereich: [REDACTED]  
Zusatzinformationen: [REDACTED]

#### I. Zusammenfassung

1. Die Erfahrungsberichte zurückgekehrter Migranten zeichnen ein erschütterndes Bild allerhöchster, systematischer Menschenrechtsverletzungen in Libyen. Authentische Handy-Fotos und -videos belegten die **KZ-ähnlichen Verhältnisse** in den sog. "Privatgefängnissen". Exekutionen nicht zahlungsfähiger Migranten, Folter, Vergewaltigungen, Erpressungen sowie Aussetzungen in der Wüste sind dort an der Tagesordnung. Eine wirkungsvolle Informations- und Sensibilisierungskampagne für die westafrikanischen Herkunftsländer kann einzig hier ansetzen.

2. Vor diesem Hintergrund rechnet IOM mit einer verstärkten Inanspruchnahme seines Aufnahme- und Informationszentrums in Agadez und den weiteren Standorten (Dikou, Arlit und auch Niamey).

3. Durch Kontrollmaßnahmen der NEE-Sicherheitskräfte hat sich die Schleuseraktivität im Raum Agadez zunehmend ins Verborgene verlagert. [REDACTED]

#### II. Handlungsempfehlungen

[REDACTED]

Feedback: Bitte denken Sie daran, der AV Rückmeldung auf Bericht und Handlungsempfehlung zu geben.

### „KZ-ähnliche Verhältnisse“

Die EU kooperiert immer enger mit libyschen Milizen, um Menschen von der Flucht nach Europa abzuhalten. Ein von uns veröffentlichter Drahtbericht des Auswärtigen Amtes zeigte im März, in welchen Bedingungen Flüchtlinge in Libyen leben müssen.

Darin beschreiben die Beamten zum Beispiel, dass „authentische Handyfotos und -videos“ die „KZ-ähnlichen Verhältnisse“ in sogenannten Privatgefängnissen im Süden Libyen belegten. Weiter heißt es: „Exekutionen nicht zahlungsfähiger Migranten, Folter, Vergewaltigungen, Erpressungen sowie Aussetzungen in der Wüste sind dort an der Tagesordnung.“



## Lagebericht Afghanistan

.Eine volatile Sicherheitslage, schwache staatliche Strukturen: In seinem Bericht zu Grundlagen für Abschiebungen nach Afghanistan beschreibt das Auswärtige Amt die schwierige humanitäre Lage am Hindukusch. Wir veröffentlichten das Dokument in diesem Jahr erstmals – mit einigen Schwärzungen.

[REDACTED]  
[REDACTED]  
[REDACTED]  
[REDACTED]  
[REDACTED]. Fort-  
schritte sind allerdings durchaus erkennbar.

## Gewonnene Klagen gegen Landtag, Justizministerium, Bundesrat

.Mit unseren strategischen Klagen haben wir 2018 einige Erfolge feiern können. Etwa gegen den Landtag Rheinland-Pfalz, der nach unserem Gewinn vor dem Oberverwaltungsgericht sämtliche Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes herausgab.

Das Justizministerium Sachsen-Anhalt musste ein Gutachten von Ernest & Young herausgeben. Das Verwaltungsgericht urteilte, dass das Urheberrecht von Dritten der Akteneinsicht nicht entgegenstehen kann.

## #VerklagDenMinister

Auf Twitter sucht das Innenministerium derzeit den Dialog mit Nutzerinnen. Abseits der Plattform verweigert Horst Seehofers Ressort aber Auskünfte, obwohl es dazu nach dem Informationsfreiheitsgesetz verpflichtet wäre. Deswegen verklagen wir jetzt das Innenministerium. Es geht um fehlende Transparenz beim Betreiben des Twitter-Accounts.

Da sich Kommunikation öffentlicher Stellen immer weiter auf private Plattformen wie Twitter, Instagram oder auch Whatsapp-Gruppen verlagert, soll die Klage grundsätzlich klären, ob auch Kommunikation über private Plattformen unter das Informationsfreiheitsgesetz fällt.

Insgesamt laufen derzeit mehr als 25 Klagen nach dem Informationsfreiheitsgesetz, die wir initiiert haben. Wer auch Klagen will, wird von uns bei [Transparenzklagen.de](https://www.transparenzklagen.de) unterstützt.

## Der FragDenStaat-Shop und unsere Kunst

FragDenStaat hat einen Shop! Um unsere Arbeit zu finanzieren, verkaufen wir Shirts, Büromaterial und Kunst. Wir freuen uns besonders über Bestellungen, die mit Daueraufträgen bezahlt werden!

Pünktlich zum Internationalen Tag der Informa-

# Transparenzklagen

tionsfreiheit haben wir darüber hinaus eine dritte Kunstedition herausgebracht. Sie besteht aus einer geschwärzten Antwort von Frontex auf die Anfrage nach Dokumenten zu Einsätzen auf dem Mittelmeer.

### IFG-Meisterschaften

18 Wochen, 16 Ministerien, 4 Runden, 1 Siegerin. Wer wurde IFG-Meisterin 2018? Anja Karliczeck! Sie setzte sich im Finale gegen Außenminister Heiko Maas durch.

Mehr dazu unter <https://fragdenstaat.de/aktionen/ifg-meisterschaften/2018/>

### Fax-Funktion und Massenanfragen

In ganz Deutschland kann man E-Mails an Behörden schicken. Ganz Deutschland? Nein. Der Nordosten wehrt sich weiter gegen die Digitalisierung. Im Land Mecklenburg-Vorpommern können Personen lediglich schriftlich Anfragen nach dem dortigen Informationsfreiheitsgesetz stellen. „Schriftlich“ bedeutet hier: Nur per Post oder Fax, nicht per E-Mail.

Darauf haben wir reagiert und in den vergangenen Monaten eine Fax-Schnittstelle in FragDenStaat eingebaut. Nach einer Testphase im August können alle FragDenStaat-Nutzerinnen jetzt automatisch über das normale Interface Anfragen an Behörden senden, wir leiten sie per Fax weiter. Wichtig dabei ist vor allem, dass die Faxe unterschrieben werden. Deswegen ist es zusätzlich möglich, mit dem Mauszeiger in FragDenStaat zu unterschreiben.

Das Fax-Feature könnte bald auch in anderen Angelegenheiten interessant werden. Denn Widersprüche gegen Ablehnungen können bisher auch nur per Post an Behörden gesendet werden. Wir prüfen gerade, wie das Feature auch hierfür eingesetzt werden kann.

Außerdem neu: FragDenStaatPLUS!

Das neue Tool gibt (Daten-)JournalistInnen ein einzigartiges und wirkmächtiges Werkzeug für investigative Recherchen an die Hand: Mit einem Klick kann man mithilfe von FragDenStaatPLUS in Online-Medien und crossmedialen Angeboten zum einen eine Anfrage nach dem Informationsfreiheitsgesetz (IFG) an alle relevanten, je nach Fall hunderte Behörden, gleichzeitig stellen.

Die Anfragen können zunächst nicht-öffentlich gestellt und nach Abschluss der Recherche veröffentlicht werden.

Freischalten lassen? Gerne!

Unter [fragdenstaat.de/plus](https://fragdenstaat.de/plus)



## Webseitenstatistik



**1.380.133**  
Seitenansichten

**79.201**  
Downloads  
(PDFs und Datensätze)



**593.233**  
Seitenbesucher

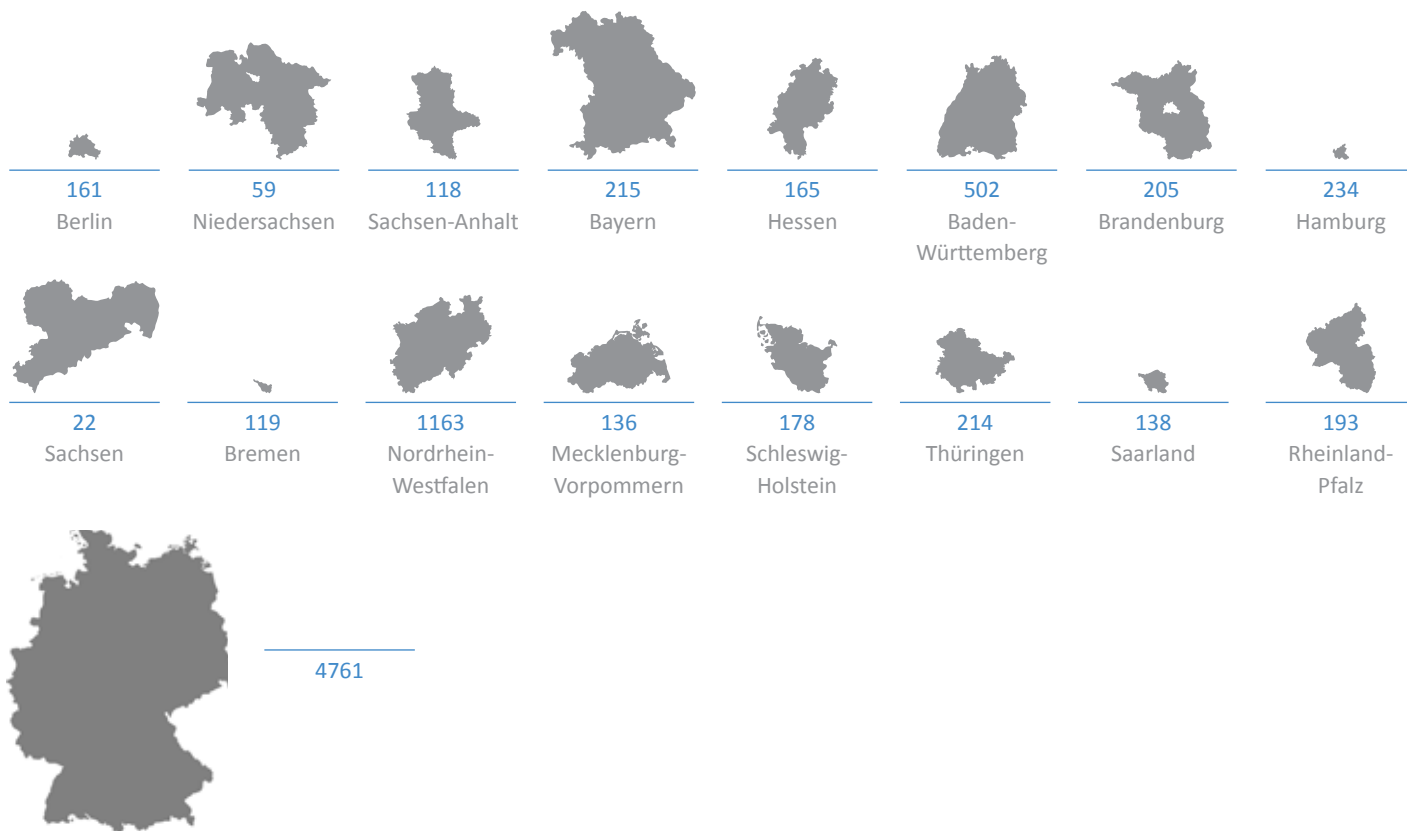


**1 Minuten 52**  
Durchschnittliche  
Aufenthaltsdauer

Insgesamt haben 2018 über 500.000 BesucherInnen die Seite FragDenStaat besucht, etwa 10 Prozent mehr als 2017. Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer dabei betrug 1 Minuten und 52 Sekunden, was weit über der durchschnittlichen Aufenthaltsdauer vergleichbarer Webseiten von 40 Sekunden liegt.

Insgesamt gab es im gemessenen Zeitraum über 1,3 Millionen Seitenansichten und fast 80.000 Downloads (PDFs und Datensätze). Die meisten BesucherInnen erreichten die Seite direkt über die Startseite und folgten von dort anderen Verlinkungen. Durchschnittlich führten die Besucher 2.5 Aktionen (Seitenansichten, Downloads, ausgehende Links) pro Besuch aus.

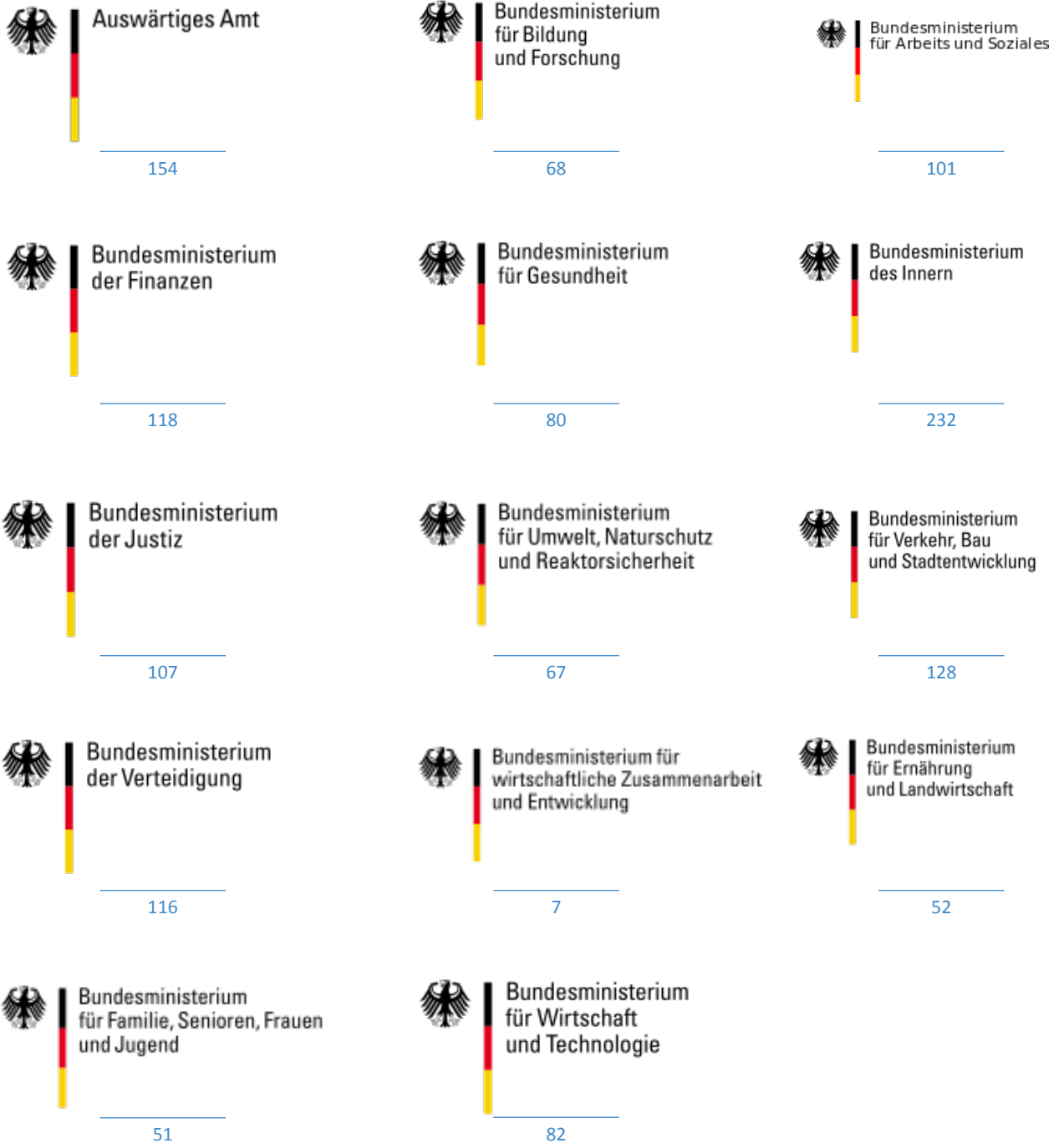
## IFG-Anfragen über FragDenStaat 2018



### Antwortquote

9.338 Anfragen gesamt; davon

- 1 3808: (teilweise) erfolgreich
- 2 991: Information nicht vorhanden
- 4 632: abgelehnt
- 5 410: (wegen Kosten) zurückgezogen
- 6 3497: noch nicht abgeschlossen / nicht klassifiziert



## FragDenStaat-Finanzen 2018

### Einnahmen

Einzelspenden	30.062,59€
Förderung demokratie.io	39.980,00€
Förderungen Wikimedia/Cobler-Stiftung	14.000,00€
Honorare	810,08€
FDS-Shop	707,57€
	<hr/>
	= 85.560,24€

### Ausgaben

Fahrtkosten, Material, Verpflegung	-761,30€
Spenden	-12.000,00€
Widersprüche und Klagen	-28.896,54€
Gehaltskosten	-59.736,26€
	<hr/>
	=-101.394,10
	<hr/>
	-15.833,86€
	<hr/> <hr/>

Das Minus in Höhe von rund 16.000 Euro konnten wir durch Rücklagen und private Auslagen gegenfinanzieren.

## Ausblick 2019

### 2018 stehen einige Entwicklungen für FragDenStaat an:

#### 1– Statistikzentrum

Wie viele Anfragen zu welchen Themen werden wann an wen gestellt? Wir wollen ein Statistikzentrum entwerfen, durch das auch die Antwortquote von Behörden besser sichtbar wird.

#### 2– Dokumentenansicht

Inzwischen haben FragDenStaat-Nutzer mehr als 40.000 Anfragen an Behörden gestellt. Dadurch ist die Plattform zunehmend unübersichtlich geworden. Wir wollen die Ansicht für erfolgreiche Anfragen verbessern und die befreiten Dokumente so darstellen, dass sie gut zugänglich sind und sinnvoll miteinander verknüpft werden.

#### 3– Crowdfunding für Klagen

Auch Widersprüche und Klagen kosten Geld. Damit dadurch niemand abgeschreckt wird, das Recht auf Informationsfreiheit durchzusetzen, wollen wir ein Crowdfunding-Modul in FragDenStaat integrieren.

#### 4– Automatisierte Widersprüche

Anfragen an Behörden können zwar formlos gestellt werden. Spätestens bei einer Ablehnung wird es aber schnell juristisch. Wir wollen FragDenStaat-Nutzerinnen dabei unterstützen, auch ohne Rechtskenntnisse einfach Widersprüche einzulegen. Dazu sollen sie zumindest teilweise automatisch vorformuliert werden. Dazu suchen wir noch Unterstützung.

#### 5– FragDenStaat für Europa

Auch EU-Behörden müssen auf Anfrage Auskunft geben – nach einer EU-Verordnung. Deswegen wollen wir die Behörden (und den etwas anderen Antragsprozess) in FragDenStaat integrieren.

### Das brauchen wir nächstes Jahr:

FragDenStaat wird zu einem großen Teil ehrenamtlich getragen. Ein Team mit buntem Hintergrund arbeitet in vielen Bereichen der Plattform.

#### Developer

Um neue Features für FragDenStaat und die zugrundeliegende Software Froide zu entwickeln und die Anzahl der Issues auf Github zu verringern, suchen wir EntwicklerInnen, die sich mit Python/Django auskennen.

#### Fundraising

Man sieht es in diesem Jahresbericht: Wir haben ständig Finanzierungsprobleme. Um eine bessere Finanzierungsstrategie auszuarbeiten, suchen wir

#### Jura/Anwälte

Dutzende Anfragen nach dem Informationsfreiheitsgesetz werden täglich über FragDenStaat gestellt. Bei einigen brauchen AntragsstellerInnen Unterstützung bei Formulierungen oder Widersprüchen. Dabei brauchen wir Hilfe von Anwälten.

## Partner



abgeordneten-  
watch.de



Transparency International  
Deutschland



netzwerk recherche

W  
HOLLAND  
STIFTUNG

Gesellschaft für Frei-  
heitsrechte



Mehr Demokratie



Reporter ohne Grenzen

access  
**!Nfo**

Access Info



Deutsche Gesellschaft  
für Informationsfreiheit



Chaos Computer Club

## Impressum:

FragDenStaat ist ein Projekt der gemeinnützigen Open Knowledge Foundation.

V.i.S.d.P. Arne Semsrott c/o Open Knowledge Foundation Deutschland e.V.,  
Singerstr. 109, 10179 Berlin

[www.okfn.de](http://www.okfn.de), [www.fragdenstaat.de](http://www.fragdenstaat.de), [info@fragdenstaat.de](mailto:info@fragdenstaat.de)

**FragDenStaat-Team 2018:** Lea Schubert (bis August), Arne Semsrott, Sebastian Schröder  
(seit September) Nadine Stammen (bis Oktober), Stefan Wehrmeyer